

08.10.2006

<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/8/0,1872,3986184,00.html>

Berlin direkt

Flucht nach Europa

EU diskutiert Maßnahmen gegen illegale Einwanderer

Not und Elend in ihren Heimatländern lassen immer mehr Afrikaner die Reise nach Europa antreten. Insbesondere Spanien ist betroffen - allein 24.000 Flüchtlinge sind in diesem Jahr auf den Kanarischen Inseln angekommen. Nun berät die Europäische Union über Maßnahmen gegen den Flüchtlingsstrom. Nicht alle Länder sehen darin ein Gemeinschaftsproblem - der deutsche Innenminister Schäuble appelliert an die Eigenverantwortung der Länder.

Hilke Petersen

Urlaubserinnerungen von Teneriffa: Touristen fotografieren die Flüchtlingsboote, die hier an Land kommen. Spektakulär ist das schon, was da zu sehen ist, im Hafen von Los Christianos. Raus aus dem touristischen Blickfeld - schnell werden die Flüchtlingsboote hier entsorgt. Die Behörden der Kanaren-Insel haben darin inzwischen Routine.

Heimat ohne Perspektive

In der Nacht zuvor war das Boot angekommen: 106 Männer diesmal, gestartet sind sie im 1200 Kilometer entfernten Senegal. Auf der Flucht vor der Armut verlieren viele ihr Leben: Einer ist es in dieser Nacht - Herzinfarkt. Eine Heimat ohne Perspektive liegt hinter ihnen und vor ihnen die vage Hoffnung auf Arbeit in einem europäischen Land, wie Luis Carrión, Kommissar der spanischen Nationalpolizei betont: "Sie interessieren sich nicht nur für Spanien, sondern auch für andere Länder der Europäischen Union: Italien, Deutschland, Frankreich."

Flüchtlingsströme gemeinsam managen: Ein Testfall für das große Europa. Von einem Rat zum nächsten hangeln sich die Innen- und Justizminister. Wenn das Ziel der Flüchtlinge Europa ist - wer genau muss jetzt handeln, um die illegalen Zuwanderer zu stoppen und ihr Sterben auf dem Mittelmeer.

Eine Frage der Solidarität

Alle müssen an einem Strang ziehen, betont der Justiz-Kommissar der EU, Franco Frattini: "Das ist kein Problem, das nur Malta, Spanien oder Italien etwas angeht. Das ist eine Frage von europäischer Solidarität. Aber es gibt leider keinen rechtlichen Rahmen. Wenn wir den Verfassungs-Vertrag geschafft hätten, dann wäre die Situation völlig anders."

Der deutsche Innenminister hält das für eine Ausrede. Nach Mehrheitsprinzip hätte Europa mit der Verfassung über Zuwanderung entscheiden können - leichter als jetzt.

Schäuble: Mehr Eigenverantwortung

Doch sich vor Illegalen zu schützen, damit müsse jedes Land selbst fertig werden, wie Wolfgang Schauble (CDU) betont; "In Brüssel ist der Ruf immer wohlfeil; Es muss alles europäisch gemacht werden. Jedes Land mit Außengrenzen muss seine Außengrenzen schon selber kontrollieren. Wir haben auch die Verantwortung, etwa für die Kontrolle am Frankfurter Flughafen, und das muss auch so bleiben. Wenn wir die Verantwortung nach Europa schieben, wird es weder bürgernaher noch effizienter, sondern ganz im Gegenteil."

Hilfestellung gibt Europa derzeit nur in Form der Patrouillen der EU-Grenzschutzagentur Frontex vor der westafrikanischen Küste. Italien, Spanien und Portugal versuchen, Flüchtlinge abzufangen, Deutschland dagegen steuert demnächst gerade mal zwei Helikopter bei. Doch der Grenzschutz kuriert nur am Symptom des Flüchtlingseulens.

Lebensgrundlagen verbessern

Die Flüchtlinge, die auf Teneriffa im Lager ausharren, kommen aus Ländern, in denen sie kaum existieren können - auch wegen der Konkurrenz aus Europa, wie Professor Klaus 3. Bade, Migrationsforscher an der Universität Osnabrück weiß: "Unsere Textilsammlungen landen auf kommerziellen Märkten und ruinieren die Textilindustrie. Und die schwimmenden Fischfabriken - Fisch unten rein. Dose oben raus - vor den afrikanischen Küsten ruinieren die Küstenfischerei. Ergebnis: In Somalia transportieren inzwischen ruinierte Fischer mit ihren Booten die Illegalen in Richtung Europa."

Westafrikas Lebensgrundlagen verbessern, das ist erklärtes Ziel gemeinsamer Europapolitik. Die Arbeit auf Teneriffa: schlecht bezahlt, meistens illegal. Kein Vorbild für Deutschland, Stattdessen die Forderung: Arbeit befristet zu erlauben. Auch Cem Ozdemir, Europaabgeordneter der Grünen, fordert eine Legalisierung: "Ich glaube, dass wir besser fahren, wenn wir anstatt illegaler Zuwanderung die Zuwanderung legalisieren. Dann wissen wir, wo die Leute sich aufhalten, welche Löhne sie bekommen, die Löhne sind einklagbar, wir verhindern Kriminalität und Prostitution. Insofern liegt es auch in unserem Interesse."

Schwierige Aufgabe

Wirklich helfen, ganz so wie nachts im kanarischen Hafen - da tut sich Europa gemeinsam schwer, Ein bisschen hilflos selbst vor der schwierigen Aufgabe, die Notlage an Europas südlichen Grenzen zu entschärfen.